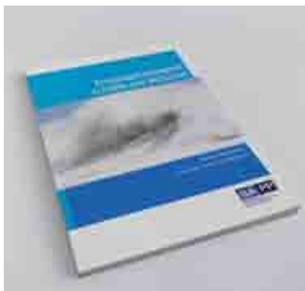


HALBJAHRESBERICHT 1|2015

FORSCHUNGSPROJEKTE VERANSTALTUNGEN PUBLIKATIONEN LEHRVERANSTALTUNGEN



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

HALBJAHRESBERICHT 1 | 2015

**FORSCHUNGSPROJEKTE
VERANSTALTUNGEN
PUBLIKATIONEN
LEHRVERANSTALTUNGEN**

HALBJAHRESBERICHT 1 | 2015

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn
Tel.: 0228/73-62990
Fax: 0228/73-62988
e-Mail: bapp@uni-bonn.de
www.bapp-bonn.de
www.facebook.com/bapp.bonn
www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion
Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.)
Michael Sabel
Hannes Wiethölter

Layout und Satz
break-the-ice.de

Druck
bonnprint.com GmbH

Recht
Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und
Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



Außenaufnahme des Akademiesitzes

FORSCHUNGSPROJEKTE

- 08** Wie viel Islam gehört zu Deutschland? Integrations-
erfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular
geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets
- 09** Politische Kommunikation in Zeiten neuer Informations-
und Kommunikationstechnologie
- 10** Verwaltungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Bilanz und
Potential von Strukturreformen im Ländervergleich
- 11** Kirchen als Träger vorsorgender Sozialpolitik

VERANSTALTUNGEN

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 20. JANUAR 2015

- 12** 25 Jahre Deutschlands Wiedervereinigung.
Jetzt Verantwortung für Europa übernehmen!

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 22. JANUAR 2015

- 14** Vaterland Europa? Europäische Identität in der Zeit der
Euro-Verschuldungskrise

AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 29. JANUAR 2015

- 16** Verwaltungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Bilanz und Po-
tential von Strukturreformen im Ländervergleich

EXPERTENKOLLOQUIUM | 23. FEBRUAR 2015

- 18** Ausverkauf von Interessen? Die Transatlantische
Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 24. FEBRUAR 2015

- 20** Der Islam gehört zu Deutschland –
Eine kontroverse Debatte

AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 26. FEBRUAR 2015

- 23** Kirchen als Träger vorsorgender Sozialpolitik

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 2. MÄRZ 2015

- 24** Chancen kann nur nutzen, wer sie sehen will – Wenn die
Digitalisierung auf den demografischen Wandel trifft

VERANSTALTUNGEN

AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 9. MÄRZ 2015

- 26 Politische Kommunikation in Zeiten neuer Informations- und Kommunikationstechnologie

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 16. MÄRZ 2015

- 28 ‚Agenda 2010‘ – Bilanz einer Reform und Perspektiven für die Zukunft

‚ESSENER FORUM‘ | 27. APRIL 2015

- 30 Bestandsaufnahme Ruhrgebiet: Zum Stand der Integration von Muslimen im Ruhrgebiet

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 28. APRIL 2015

- 31 Governance-Modelle und die Rolle der Zivilgesellschaft

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 4. MAI 2015

- 32 Austeritätspolitik – Heilmittel oder Spardiktat?

‚BONNER FORUM‘ | 12. MAI 2015

- 33 Der Islam und die säkulare Gesellschaft

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 18. MAI 2015

- 35 Deutsche Hegemonie in Europa?

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 28. MAI 2015

- 36 Jugend und Islam – Deutsch-Französische Perspektiven

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 8. JUNI 2015

- 39 Europa – auf der Suche nach einer Zukunftsstrategie

WORKSHOP IM RAHMEN DES FORSCHUNGSPROJEKTS | 12. JUNI 2015

- 40 Kirchen als Träger vorsorgender Sozialpolitik

‚ESSENER FORUM‘ | 17. JUNI 2015

- 41 Soziale Institutionen im Wandel – Alten- und Krankenpflege in einer multikulturellen Gesellschaft

PUBLIKATIONEN

- 42 Gerechtigkeit – KONKRET!

FORSCHUNGSERGEBNISSE

- 42 Erregungskampagnen in Politik und Wirtschaft – digitale Öffentlichkeit zwischen Candy- und Shitstorms

BODO HOMBACH / ALEXANDER SCHWEITZER (HRSG.)

- 43 Mehr Argumente wagen! Wirtschaftliche Stärke und soziale Vernunft in neuer Balance

FORSCHUNGSERGEBNISSE

- 43 Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?

PUBLIKATION ZUM FORSCHUNGSPROJEKT

- 44 Wie viel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets

LEHRVERANSTALTUNGEN

18. MÄRZ 2015

- 45 Russland – Politische, wirtschaftliche und kulturelle Dimensionen und Perspektiven

15. APRIL 2015

- 46 Die ‚neuen Tigerstaaten‘ Südostasiens: Big Player der Zukunft?

6. MAI 2015

- 47 Brasilien: Die neue Macht in Lateinamerika?

NEUIGKEITEN

- 48 Ernennung von Bodo Hombach zum Honorarprofessor

- 49 Peter Limbourg verstärkt das Kuratorium

- 50 Verleihung der Ehrendoktorwürde an Dr. Werner Müller

HALBJAHRESBERICHT 1 | 2015

GRUSSWORT VON PROF. BODO HOMBACH

Wer sich selbst verständlich machen will, muss erst einmal versuchen, den Anderen zu verstehen. Beide nämlich leben und argumentieren im Horizont ihrer Erfahrungen, Interessen, Ängste und Hoffnungen, niemals deckungsgleich, aber mit Schnittmengen, die wachsen können. Auch Wissenschaft und Politik haben jede ihren eigenen Kreis. Es tut beiden und der Allgemeinheit gut, wenn sie sich begegnen und nicht nur im flüchtigen Flirt (obwohl auch der schon reizvoll ist), sondern mit robuster Annäherung ihrer Gene – Geschichte wird von Menschen gemacht.

Dazu braucht es Ort und Gelegenheit. Beides bietet BAPP. Die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik ist inzwischen ein angesehener „Treff“ für exzellente Wissenschaft mit tatsächlicher Praxis. Die Weite ihres Horizonts erweist sich einmal mehr im vorliegenden Halbjahresbericht. Die Forschungsprojekte, Seminare und Thementage gefährden einseitige Argumente und erstarrte Kategorien. Das kostet manchmal Mühe und Geduld, aber in Wissenschaft und Politik gilt – wie in der Liebe: Der Umweg ist die kürzeste Verbindung.



Prof. Bodo Hombach,
Präsident der Bonner Akademie



WIE VIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

INTEGRATIONSERFAHRUNGEN JUNGER UND ALTER MENSCHEN IN EINER SÄKULAR GEPRÄGTEN GESELLSCHAFT AM BEISPIEL DES RUHRGEBIETS



Christian Wulff,
Bundespräsident a.D. und Schirmherr des Forschungsprojekts

„Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ – mit dieser einfachen Feststellung löste der damalige Bundespräsident Christian Wulff im Oktober 2010 eine kontroverse Debatte zum Stand der Integration in Deutschland aus, die an Aktualität nicht verloren hat.

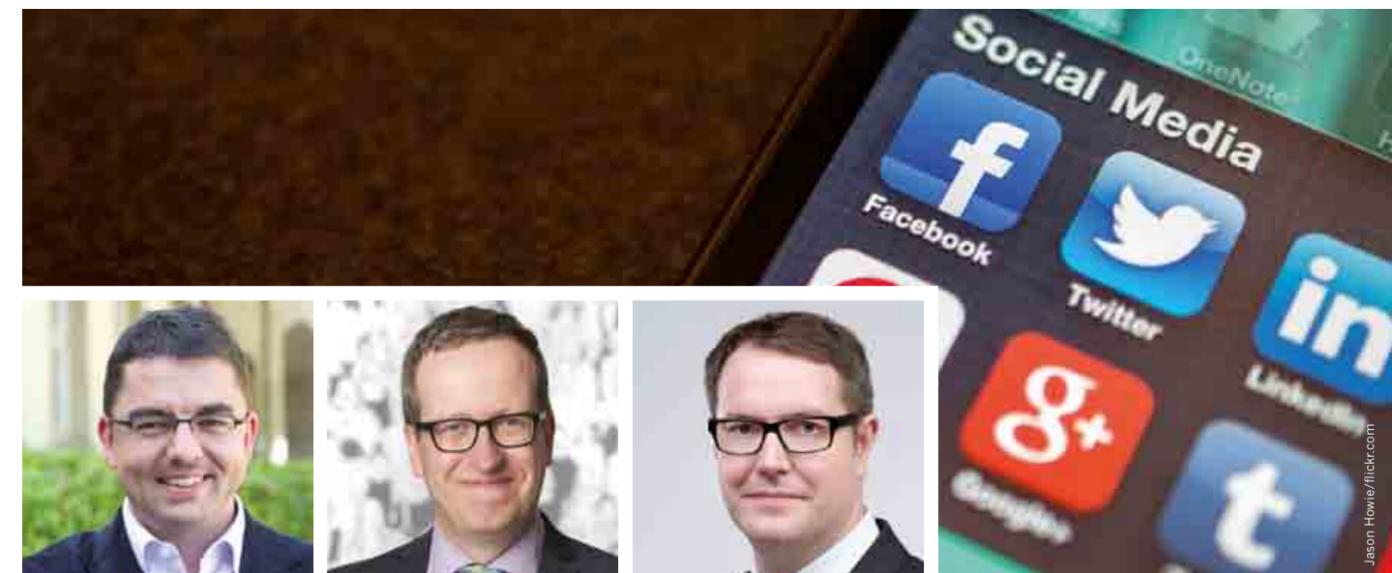
Gerade die Integration von Mitgliedern der älteren und jüngeren Generation von Muslimen stellt die deutsche Politik und Gesellschaft derzeit vor die größten Herausforderungen. Nirgendwo in Deutschland stellen sich diese Herausforderungen unmittelbarer als im Ruhrgebiet. Hier leben Christen und Muslime seit Jahrzehnten – oft miteinander, aber eben auch oft nebeneinander.

Das Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ wird die Gründe für die fortbestehende kulturelle Distanz im Alltag zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Migranten im Ruhrgebiet – unter besonderer Berücksichtigung der Situation jüngerer und

älterer Menschen – eingehend untersuchen. Ziel ist es, nicht nur das Verständnis von Integrationshindernissen zu verbessern, sondern auch auf der Grundlage einer fundierten Analyse der Situation im Ruhrgebiet und der praxisnahen Evaluation ausgewählter Integrationsprojekte, konkrete Ansätze für die Belebung des interkulturellen Austauschs im gesellschaftlichen Alltag sowie gezielte Projekte der Alten- und Jugendhilfe zu erarbeiten.

Das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a.D. **Christian Wulff** und wird von der Brost-Stiftung gefördert.

POLITISCHE KOMMUNIKATION IN ZEITEN NEUER INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE



Leiter des Forschungsprojekts:
Prof. Dr. Thorsten Faas,
Universität Mainz

Praxisexperte: Holger Geißler,
Vorstand des Markt- und Meinungs-
forschungsinstituts YouGov

Praxisexperte: Alexander Schweitzer,
Fraktionsvorsitzender der SPD
im rheinland-pfälzischen Landtag
sowie Minister a.D.

Das Forschungsprojekt „Politische Kommunikation in Zeiten neuer Informations- und Kommunikationstechnologie“ wird den Einfluss, den Internet und soziale Netzwerke auf das Wahlverhalten der Bundesbürger nehmen, untersuchen und die Konsequenzen, die sich daraus für die politische Kommunikation in Deutschland ergeben, herausarbeiten.

Ausgangspunkt des Projektes ist der sich wandelnde wahlpolitische Prozess in Deutschland. Abnehmende Wahlbeteiligung, zunehmende Wechselhaftigkeit und eine Verlagerung der individuellen Wahlentscheidung bis spät in den Wahlkampf hinein sind die Kennzeichen des heutigen Elektorats. Diese Entwicklungen werden die Teilnehmer des Forschungsprojektes unter Berücksichtigung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien untersuchen. Dazu wird das Wahlverhalten der Bundesbürger anhand der Bevölkerungsdaten, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 gewonnen wurden, systematisch analysiert. Dies soll veranschaulichen, inwieweit das Internet das politische Informationsumfeld verändert und welche Konsequenzen sich daraus für die politische Kommunikation in Deutschland ergeben.

Das Forschungsprojekt wird geleitet von **Prof. Dr. Thorsten Faas**, Professor für Politikwissenschaft im Bereich „Empirische Politikforschung“ an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. **Holger Geißler**, Vorstand des Markt- und Meinungsforschungsinstituts YouGov, und **Alexander Schweitzer**, Fraktionsvorsitzender der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag und Minister a.D., werden das Projekt als Praxisexperten begleiten und eigene Erfahrungen mit einbringen.

VERWALTUNGSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN. BILANZ UND POTENZIAL VON STRUKTURREFORMEN IM LÄNDERVERGLEICH



Leiter des Forschungsprojekts:
Prof. Dr. Florian Grotz,
Helmut-Schmidt-Universität/Uni-
versität der Bundeswehr Hamburg

Praxisexperte:
Dr. Rainer Holtschneider,
Staatssekretär a.D.

Praxisexperte:
Prof. Dr. Dieter Engels,
ehemaliger Präsident des
Bundesrechnungshofes

Der Schwerpunkt des Forschungsprojektes „Verwaltungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Bilanz und Potenzial von Strukturreformen im Ländervergleich“ liegt in der genaueren Untersuchung von Problemen, Erfolgen und Potenzialen der Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen.

Der aus der Schuldenbremse resultierende budgetäre Konsolidierungszwang und der damit verbundene verwaltpolitische Reformdruck sind in Nordrhein-Westfalen besonders stark ausgeprägt. Zugleich wird NRW eine hohe verwaltpolitische Aktivität zugeschrieben, ohne dass hinreichend deutlich wird, wie sich die dortige Reformbilanz im Vergleich zu anderen Bundesländern darstellt und wie verbleibende Reformpotentiale aussehen.

Bislang liegen keine ländervergleichenden Analysen vor, die eine systematische Bilanz der bisherigen Reformbemühungen und den Ausweis künftiger Reformpotentiale ermöglichen würden. Das Projekt setzt hier an, indem es die materiellen Ergebnisse und die weiteren Perspektiven

von Verwaltungsstrukturreformen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer quantitativ-vergleichenden Studie herausstellt. Um einen anschaulichen Vergleich herzustellen, wird ein Datensatz analysiert, der die Strukturen der staatlichen Kernverwaltung für alle 13 Flächenländer im Zeitraum von 1990 bis 2009 systematisch erfasst.

Das Forschungsprojekt wird geleitet von Prof. Dr. Florian Grotz, Professor für Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Dr. Rainer Holtschneider, Staatssekretär a.D. in Sachsen-Anhalt, und Prof. Dr. Dieter Engels, ehemaliger Präsident des Bundesrechnungshofes, werden das Projekt als Praxisexperten begleiten und mit ihrer Expertise bereichern.

KIRCHEN ALS TRÄGER VORSORGENDER SOZIALPOLITIK



Leiter des Forschungsprojekts:
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder,
Universität Kassel

Praxisexperte:
Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär
des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken (ZdK)

Das Forschungsprojekt „Kirchen als Träger vorsorgender Sozialpolitik“ beschäftigt sich mit der Frage, wie groß die konzeptionelle Kraft ist, die von den Kirchen für die Gestaltung des Wohlfahrtsstaates nach wie vor ausgeht.

Vor dem Hintergrund der großen Rolle, die beide Kirchen und Konfessionen – Katholizismus und Protestantismus – bei der Entwicklung des Sozialstaates in Deutschland gespielt haben, befasst sich das Forschungsprojekt damit, inwieweit konfessionelle Einrichtungen den Wohlfahrtsstaat noch heute prägen. Die Teilnehmer des Projektes werden die sozialpolitischen Konzepte beider Kirchen anhand von verschiedenen Fallkonstellationen (Bildung, Migration, Arbeitsmarkt) untersuchen und vergleichen. Somit wird erarbeitet, in welchem Maß diese Konzepte im Rahmen der allgemeinen Veränderungen des Sozialstaates in den zurückliegenden Jahren verändert und angepasst wurden.

Darüber hinaus werden die Untersuchungen veranschaulichen, welchen Einfluss die beiden Kirchen nach wie vor auf den Wohlfahrtsstaat ausüben.

Die Leitung des Forschungsprojektes liegt bei Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Professor an der Universität Kassel und Staatssekretär a.D. Als Praxisexperte wird Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), dem Forschungsprojekt beratend zur Seite stehen.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 20. JANUAR 2015

1990-2015: 25 JAHRE DEUTSCHE WIEDER-VEREINIGUNG: JETZT VERANTWORTUNG FÜR EUROPA ÜBERNEHMEN!



oben links:
Alexander Marguier,
stellv. Chefredakteur
beim Magazin CICERO

oben rechts:
Dr. Hildegard Stausberg,
diplomatische Korrespondentin
der Zeitung „Die WELT“

Dr.-Ing. e.h. Wolfgang Clement,
Bundesminister a.D.,
Ministerpräsident a.D.

unten links:
Prof. Dr. Tilman Mayer,
Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn

unten rechts:
Elmar Brok MdEP,
Vorsitzender des Ausschusses für
Auswärtige Angelegenheiten



Prof. Bodo Hombach,
Präsident der Bonner Akademie

Die erste von der Bonner Akademie ausgerichtete Diskussionsveranstaltung des Jahres fand am 20. Januar 2015 unter dem Titel „1990-2015: 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung: Jetzt Verantwortung für Europa übernehmen!“ statt und lockte knapp 150 interessierte Besucher in das Bonner Universitätsforum.

In seiner Begrüßung nannte **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, die aktuell wohl größten Probleme, vor denen Europa stehe: Neben der Euro- und Finanzkrise sowie dem Ukraine Konflikt stellen auch die Anti-Europa-Strömungen in vielen EU-Mitgliedsländern eine zunehmende Herausforderung dar. Wichtig sei in Anbetracht dieser europakritischen Strömungen der Zusammenhalt: „Nur ein äußerst starkes Gemeinschaftswerk kann nach dem Kalten Krieg einen ‚Kalten Frieden‘ verhindern.“

Die Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion waren **Elmar Brok**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, **Dr.-Ing. e.h. Wolfgang Clement**, Bundesminis-

ter a.D. und Ministerpräsident a.D., **Alexander Marguier**, stellvertretender Chefredakteur beim Magazin CICERO, und **Prof. Dr. Tilman Mayer**, Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Die Moderation übernahm **Dr. Hildegard Stausberg**, diplomatische Korrespondentin der Zeitung „Die WELT“.

Dr. Stausberg richtete sich mit der Frage, was der im Titel der Veranstaltung verankerte Begriff der Verantwortung im Zusammenhang mit Europa bedeute, zunächst an Wolfgang Clement. „Europa stagniert sowohl wirtschaftlich als auch politisch“, lautete dessen Kritik, was fehle sei ein europäisches Leitbild, mit dem die Menschen sich identifizieren können. Darüber hinaus müsse man die

„Emotion Europa“ wiederbeleben. Auch Alexander Marguier stimmte dem zu: „Es muss wieder eine Leidenschaft für Europa entwickelt werden.“ Nicht nur der Emotion und der Leidenschaft, sondern auch der Grundidee Europas müsse man zu neuer Sichtbarkeit verhelfen, betonte Elmar Brok. Diese Grundidee bestehe darin, keine Grenzen mehr zu ändern, sondern Grenzen unbedeutend zu machen, so der Abgeordnete des Europäischen Parlaments.

Um ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl wiederzugewinnen, seien europaweit agierende Medien wichtig, hielt Wolfgang Clement fest. Denn die momentane Situation sehe so aus, dass alle Länder in ihrem eigenen Wahrnehmungsfeld agieren und somit eher auseinander treiben als zusammenwachsen. Bedenken äußerte Prof.

Dr. Tilman Mayer aufgrund der Sprachbarrieren und der daraus resultierenden Komplikationen. Er wies darauf hin, dass etwas, was man abstrakt gut finde, in der Realität leicht schiefgehen könne. Elmar Brok beharrte dennoch auf die bestehende Notwendigkeit gesamteuropäischer Medien: „Die Berichterstattung über europäische Themen ist pur national. Das muss sich ändern.“ Auch die Betonung gemeinsamer Interessen sei von immenser Bedeutung. Die Hilfestellung an Nachbarstaaten falle unter diese Rubrik: „Wie kann es uns so gut gehen, wenn unsere Nachbarn pleitegehen? Wenn die pleitegehen, gehen auch wir Pleite. Das ist allerdings mehr als ein wirtschaftliches Prinzip: Der Zusammenhalt, die Solidarität, muss darüber hinausgehen“, so der abschließende Appell des EU-Parlamentariers an das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl.

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 22. JANUAR 2015

VATERLAND EUROPA? EUROPÄISCHE IDENTITÄT IN DER ZEIT DER EURO-VERSCHULDUNGSKRISE



links oben:
Prof. Dr. Jerzy Maćków,
Universität Regensburg

rechts oben:
Bartosz Wieliński,
Redakteur der größten polnischen
Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“



links unten:
Dr. Willi Steul,
Intendant des Deutschlandradios

rechts unten:
Stephan Malerius,
Leiter eines in den Ländern der
Ostpartnerschaft der Europäischen
Union laufenden EU-Projekts der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Am 22. Januar 2015 fand im Rahmen des von der Bonner Akademie durchgeführten Forschungsprojekts „Vaterland Europa? – Europäische Identität in der Zeit der Euro-Verschuldungskrise“ eine Diskussionsrunde unter dem Titel „Testfall Ukraine. Europa und seine Werte“ statt.

Es handelte sich dabei um die Abschlussveranstaltung des von Prof. Dr. Jerzy Maćków, Universität Regensburg, geleiteten Projekts. Neben dem Projektleiter nahmen Stephan Malerius, Leiter eines in den Ländern der Ostpartnerschaft der Europäischen Union laufenden EU-Projekts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bartosz Wieliński, Redakteur der größten polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, und Dr. Willi Steul, Intendant des Deutschlandradios sowie Praxisexperte des Forschungsprojekts, an der Diskussion teil.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Problematik der unterschiedlichen Wahrnehmungen in der Ukraine-Krise. Prof. Maćków erklärte, dass er den Auslöser für die stark auseinanderklaffenden Meinungen in der Schwierigkeit sehe, durch Gewalt auf beiden Seiten den Angreifer vom Angegriffenen zu unterscheiden. Darüber hinaus war vor allem die russische Haltung Gegenstand der Diskussion. Nach dem Zerfall der Sowjetunion habe Russland an einem Minderwertigkeitskomplex gelitten, der sich nun zu einem Herrscherkomplex entwickelt habe, so Bartosz Wieliński.

Dies sei allerdings eine Erklärung für das russische Handeln und keine Entschuldigung, denn Russland verhalte sich wie ein Schurkenstaat. Mit dieser Aussage erhielt er die einheitliche Zustimmung seiner Mitdiskutanten.

Die gesamte Veranstaltung lief auf die von Prof. Dr. Maćków gestellte Abschlussfrage an seine Mitdiskutanten hinaus: „Was kann die EU tun, um den Konflikt zu mindern und um das Völkerrecht zu schützen? Was ist absolut notwendig?“ Dr. Steul betonte, dass es besonders wichtig sei, die ukrainische Regierung zu stärken. Dies wurde von Stephan Malerius unterstützt. Sowohl wirtschaftliche als auch politische Unterstützungen seien von großer Bedeutung. Zwei weitere Notwendigkeiten stellten die Vertiefung der Sanktionen gegen Russland und ein einheitliches Auftreten der EU dar. Auch Bartosz Wieliński teilte diese Meinung: Insbesondere ein starkes gemeinsames Auftreten gegenüber Russland spiele eine große Rolle, so der polnische Medienexperte.



AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 29. JANUAR 2015

VERWALTUNGSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN. BILANZ UND POTENZIAL VON STRUKTURREFORMEN IM LÄNDERVERGLEICH



Die Experten bei der Diskussion

Mit einer Expertendiskussion startete am 29. Januar 2015 das von der Bonner Akademie ausgerichtete Forschungsprojekt „Verwaltungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Bilanz und Potenzial von Strukturreformen im Ländervergleich“.

Neben den Projektmitarbeitern nahmen auch die beiden Projektpaten Prof. Dr. Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofes a.D., und Dr. Rainer Holtschneider, Staatssekretär a.D., an der Veranstaltung teil. Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn, unterstrich in seiner Begrüßung die Vorteile der Vergleichbarkeit: „Die Bundesrepublik ermöglicht durch ihren Föderalismus einen guten Vergleich zwischen den Reformvorhaben der einzelnen Bundesländer.“

Während seiner Einführung betonte der Projektleiter Prof. Dr. Florian Grotz, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, die Rolle der Verwaltung innerhalb des politischen Ablaufs, denn diese sei „zentral für die politische Entscheidungsvorbereitung und -durchführung“. Gerade das Thema „Verwaltungsstrukturreformen“ sei ein Dauerbrenner, weshalb eine detaillierte komparative Analyse im Rahmen des Forschungsprojekts interessante neue Erkenntnisse mit sich bringen könnte.

Anschließend stellten die weiteren Projektmitarbeiter die Ziele und Methoden der Projektarbeit vor. Henrike Wehrkamp, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, benannte zunächst die allgemeinen Ziele von Verwaltungsstrukturreformen: Entlastung des Landeshaushaltes bzw. Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse, Effizienz und Vereinfachung der Verwaltung, Effektivität sowie Teilhabe und Bürgernähe. „Diese Ziele müssen sich an der Verwaltungswirklichkeit messen lassen“, so Wehrkamp.

Dr. Alexander Götz von der Bundes-SGK erläuterte daraufhin die Datengrundlage, die für die Forschungsarbeit herangezogen werde. Hauptsächlich handele es sich dabei um Haushaltspläne, da diese eine gute Vergleichbarkeit in struktureller Hinsicht bieten würden. Im Zentrum der Analyse stehe in diesem Zusammenhang vor allem die Frage, ob „eine Verwaltungsreformpolitik eine effektive Reformpolitik ist, oder ob sie lediglich einen symbolischen Charakter“ aufweise.



1 Leiter des Forschungsprojekts: Prof. Dr. Florian Grotz, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

2 Prof. Dr. Frank Decker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Universität Bonn

3 Dr. Alexander Götz, Bundes-SGK, unterstützt das Projekt als freier Mitarbeiter

4 Prof. Dr. Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofes a.D., steht dem Forschungsprojekt als Projektpate beratend zur Seite

5 Henrike Wehrkamp, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

6 Dr. Rainer Holtschneider, Staatssekretär a.D., unterstützt mit seiner Expertise das Forschungsteam

7 Dr. Marcel Lewandowsky, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg



Warum ausgerechnet Nordrhein-Westfalen im Fokus der Untersuchung steht? Diese Frage konnte Dr. Marcel Lewandowsky, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, beantworten. So sei NRW ein besonders interessanter Fall, weil Verwaltungsreformen hier ein beständiges Thema seien und außerdem ein hoher Staatsschuldenstand herrsche. Außerdem stellte Dr. Lewandowsky klar, dass weniger Verwaltung – entgegen der Vorstellung in der Öffentlichkeit – nicht immer besser sei. „Weniger Verwaltung kann auch einen Verlust im qualitativen Output bedeuten“, so der Projektmitarbeiter.

Prof. Engels hielt fest, dass die Reform „bei der Behörde ein ungeliebtes Kind“ sei und Schrecken innerhalb von Verwaltungen auslösen würde. Ferner erläuterte er den Ursprung der meisten Reformvorhaben. „Für Reformen gibt es meist zwei Auslöser: 1. Sachdruck oder 2. Finanzieller Druck“, so der ehemalige Präsident des Bundesrechnungshofes. Mit der „Angst vor dem Arbeitsplatzverlust“ erklärte Dr. Holtschneider abschließend das eigentliche Hindernis bei der Umsetzung von Verwaltungsstrukturreformen.

EXPERTENKOLLOQUIUM | 23. FEBRUAR 2015

AUSVERKAUF VON INTERESSEN? DIE TRANSATLANTISCHEHANDELS- UND INVESTITIONSPARTNERSCHAFT (TTIP)



Die Experten im Gespräch

Seit Jahrzehnten wird in Fachkreisen über die Möglichkeit eines transatlantischen Freihandelsabkommens diskutiert. Nun, da ein solches mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) in greifbare Nähe zu rücken scheint, regt sich in vielen beteiligten Staaten breiter öffentlicher Widerstand gegen eine vermeintliche Aufweichung von Verbraucherschutzstandards, einen Kotau vor den Interessen der transnationalen Konzerne und gegen die mangelnde Transparenz der Verhandlungen.

Von Seiten der Befürworter wird demgegenüber vor allem auf zusätzliche Arbeitsplätze und Wohlstandsgewinne verwiesen, die durch den Abbau von Hindernissen im transatlantischen Handel entstehen sollen.

Für den sachlichen Austausch von Argumenten ist in einer überhitzten öffentlichen Debatte, die zumeist zwischen fragwürdigen Warnungen vor der ‚Invasion der Chlorhühnchen‘ einerseits und überzogenen Wachstumsversprechen andererseits oszilliert, oftmals wenig Platz. Kritiker und Befürworter des Abkommens reden vielfach mehr über als miteinander. Daher hat das Center for International Security and Governance (CISG) an der Universität Bonn gemeinsam mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik (BAPP) am 23. Februar 2015

ausgewiesene Experten eingeladen, um das Thema mit der interessierten Fachöffentlichkeit aus Bonn und der Region zu diskutieren.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung hob der Leiter des CISG, Prof. James D. Bindenagel, hervor, dass die Diskussion auf beiden Seiten des Atlantiks kontrovers geführt werde, jedoch viel zu wenig auf Zahlen, Daten und Fakten basiere. Diese lieferte Matthias Ruch, Leiter Internationale Industrie- und Wirtschaftspolitik bei dem Spezialchemieunternehmen Evonik Industries, der sich detailliert mit den Argumenten der Kritiker auseinandersetzte und die Vorteile des Transatlantischen Freihandelsabkommens für die Industrie darlegte.



Die Veranstaltung fand statt in Kooperation mit dem Center for International Security and Governance (CISG)



Lebhafter Austausch zwischen Experten und Zuhörern



Prof. James D. Bindenagel, Leiter des CISG und ehemaliger US-Botschafter



oben: Matthias Ruch, Leiter Internationale Industrie- und Wirtschaftspolitik bei dem Spezialchemieunternehmen Evonik Industries



oben: Isabelle Buscke, Leiterin des Brüsseler Büros beim Verbraucherzentrale Bundesverband

unten: Ulrich Kelber MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

unten: Gunter Rieck Moncayo, Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung

Demgegenüber hob Isabelle Buscke, Leiterin des Brüsseler Büros beim Verbraucherzentrale Bundesverband, die Sorge der Konsumenten vor sinkenden Standards hervor. Zwar stimmte sie mit dem Bonner Bundestagsabgeordneten und Staatssekretär Ulrich Kelber, der sein Verständnis für die Sorgen der Bürger zum Ausdruck brachte, darin überein, dass eine solche Absenkung von Normen keinesfalls die Absicht der beteiligten Politiker und Unterhändler sei. Die Erfahrung zeige jedoch, dass Verhandlungsergebnisse oftmals den kleinsten gemeinsamen Nenner widerspiegeln. Dass dies aber noch immer die beste der verfügbaren Alternativen sein könnte, machte Gunter Rieck Moncayo von der Konrad-Adenauer-Stiftung deutlich, der das Abkommen in den globalen Kontext einordnete. In einer Welt, in der Europas Gewicht im Vergleich zu dynamisch wachsenden Märkten wie China weiter abnehme, so Rieck

Moncayo, seien die Europäer auf die Kooperation mit den USA dringend angewiesen.

Den Vorträgen folgte eine lebhafte Diskussion zwischen den Experten und den ca. 50 Gästen, die der Einladung von CISG und BAPP in das Bonner Universitätsforum gefolgt waren. Dabei wurden nicht nur verbraucherschutzpolitische Fragen kontrovers diskutiert, sondern auch ordnungspolitische Aspekte wie die Zukunft der Welthandelsorganisation in einer zunehmend von regionalen Abkommen geprägten Welt erörtert. Obschon die Meinungen nicht nur auf dem Podium in einigen Fragen durchaus auseinandergingen, waren sich alle Teilnehmer der Veranstaltung einig, dass eine Versachlichung der Debatte dringend geboten sei. Dazu, so das Fazit der Gäste, konnte das Expertenforum in Bonn zweifelsohne einen Beitrag leisten.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 24. FEBRUAR 2015

DER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND – EINE KONTROVERSE DEBATTE



Über 200 Gäste folgten der Einladung der Bonner Akademie



Christian Wulff beantwortet Fragen aus dem Plenum



Christian Wulff, Bundespräsident a.D.



Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bonner Akademie



Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie



Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, damaliger Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Diskutierten über die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland: Christian Wulff, Moderator Michael Krons und Prof. Bodo Hombach (v.l.n.r.)

„Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ – mit diesem Satz löste Bundespräsident a.D. Christian Wulff im Jahr 2010 innerhalb der deutschen Öffentlichkeit eine kontroverse und anhaltende Debatte aus. Über seine damaligen Beweggründe sowie sein heutiges Verhältnis zu dieser Aussage sprach er am 24. Februar 2015 vor über 200 Teilnehmern in der Bonner Akademie.

In einer kurzen Begrüßung ging **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bonner Akademie, noch einmal auf die berühmt gewordene Rede des ehemaligen Bundespräsidenten vom 20. Jahrestag der deutschen Einheit ein. Dabei unterstrich er die Bedeutung und die Aktualität der Passage über die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse – Anschläge von Paris, Entstehung des IS, Pegida-Demonstrationen – sei eine offene Positionierung gegenüber allen, die die Grundwerte der Bundesrepublik akzeptieren und befolgen, zwingend erforderlich – unabhängig von Religion und ethnischer Herkunft.

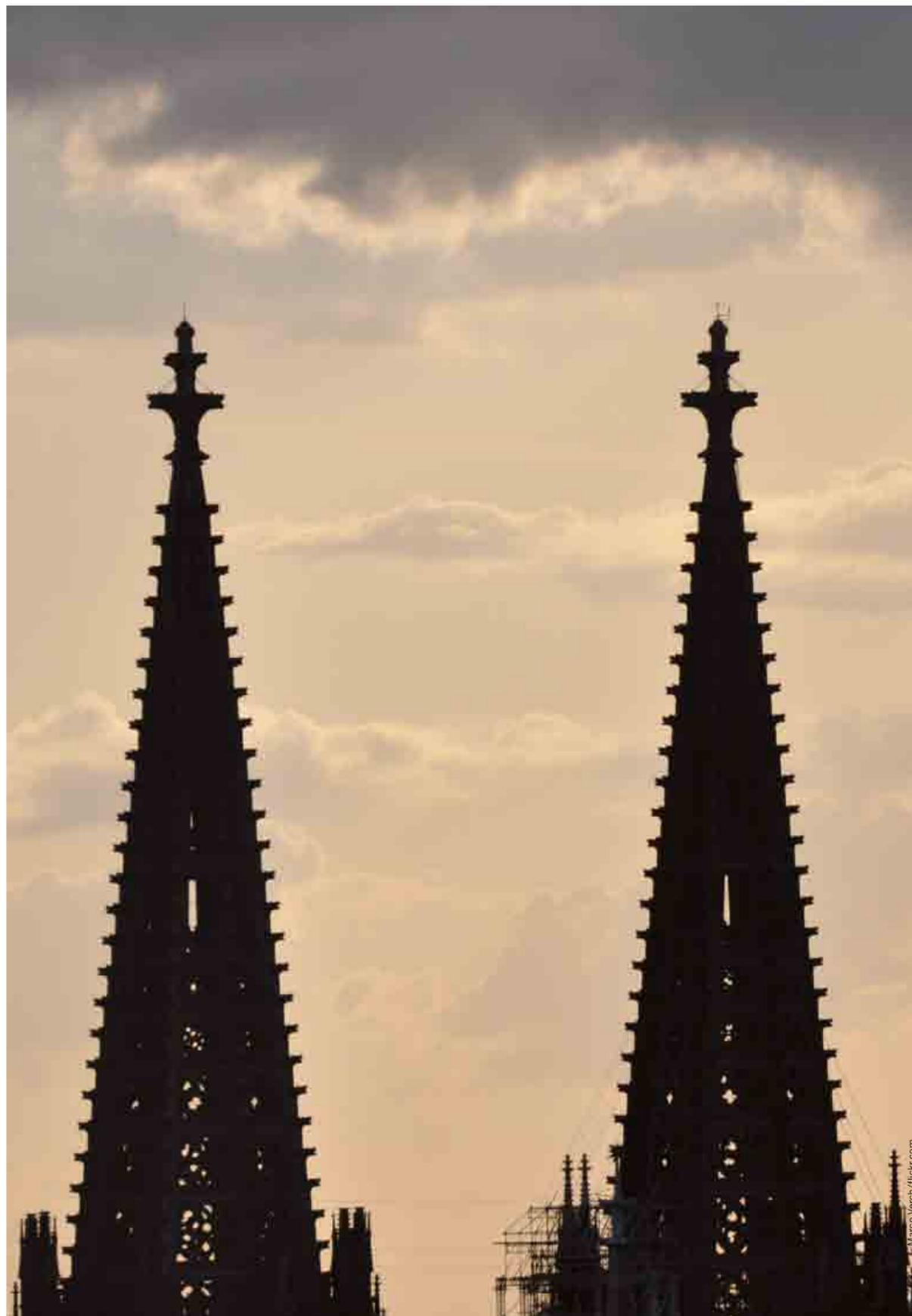
Im Anschluss führte **Christian Wulff** die Motive für den Wortlaut seiner Rede am 3. Oktober 2010 aus. Den Ausgangspunkt bildete in diesem Zusammenhang der eigene biografische Bezug zum Thema: Die noch frischen Eindrücke von der Verfolgung anderer Religionen, die gleichzeitige Ankunft des Islams mit den sogenannten „Gastarbeitern“ vor etwa 50 Jahren in Deutschland sowie die wachsende Anzahl von Spitzenpolitikern mit muslimischen Migrationshintergrund waren dabei prägend. Gleichzeitig stand er, so Wulff, damals unter dem Eindruck der Debatte um das provokative Buch von Thilo Sarrazin, der er mit seiner Aussage zum Islam in Deutschland auf positive Weise begegnen wollte. „Ausgrenzungen dürfen wir nicht zulassen, denn das mindert unsere kulturelle Vielfalt“, so Wulff. Mit

Freude nehme er zur Kenntnis, dass der Satz, für den er von Teilen der eigenen Partei, aber auch von einzelnen Medien anfänglich oft kritisiert wurde, mittlerweile innerhalb der deutschen Gesellschaft und Medienlandschaft immer mehr zum Konsens wird.

Mit der Frage, ob nicht die Muslime anstatt des Islams zu Deutschland gehören würden, leitete der Moderator **Michael Krons**, Redakteur beim Fernsehsender Phoenix, die anschließende Diskussion mit Christian Wulff und **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, ein. Das frühere Staatsoberhaupt antwortete daraufhin, dass er vor allem die Religion sowie die von ihr ausgehenden ethnischen Bezüge und Prägungen in den Vordergrund stellen wollte. Prof. Hombach attestierte Wulffs Satz mittlerweile

ein gewisses Eigenleben, da dieser in einer erstaunlichen Dynamik sowohl inner- als auch außerparteilich aufgenommen wurde und immer wieder aufs Neue zitiert werde. Dazu lautete Wulffs abschließendes Fazit: „Ich bin immer noch froh, diese Äußerung gemacht zu haben.“ Allerdings wolle er in diesem Zusammenhang nicht die Gefahren des islamistischen Fundamentalismus relativieren.

Die Veranstaltung endete mit einem Schlusswort des damaligen Rektors der Universität Bonn, **Prof. Dr. Jürgen Fohrmann**, der sowohl auf die identitätsstiftenden Grundwerte als auch auf die kulturelle bzw. religiöse Verschiedenheit in Deutschland hinwies.



Marco Verch/flickr.com

AUFTAKTWORKSHOP ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 26. FEBRUAR 2015

KIRCHEN ALS TRÄGER VORSORGENDER SOZIALPOLITIK



Die Teilnehmer der Expertentagung



links:
Dr. Stefan Vesper,
Projektpate sowie
Generalsekretär des
Zentralkomitees der
deutschen Katholiken

rechts:
Projektmitarbeiter
PD Dr. Rudolf Speth

Zum Auftakt des Forschungsprojekts „Kirchen als Träger vorsorgender Sozialpolitik“ führte die Bonner Akademie einen Workshop durch, der die Idee und die Ziele des Projektes vorstellte und in dessen Rahmen über die Rolle der Kirchen im deutschen Wohlfahrtsstaat debattiert wurde.

Im Zentrum der Veranstaltung stand unter anderem die Frage, inwieweit die Sonderstellung der konfessionellen Einrichtungen angesichts der Ökonomisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge noch haltbar ist.

Nach einer thematischen Einführung durch **Dr. Stefan Vesper**, Projektpate sowie Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, stellte **PD Dr. Rudolf Speth** das Forschungsprojekt vor. Ziel des Projekts sei es, die grundsätzliche Rolle sowie die jüngsten Reformen der

kirchlichen Einrichtungen bezüglich ihrer Funktion in der Sozialpolitik herauszustellen und genauer zu analysieren. Im Anschluss referierten **Prof. Dr. Karl Gabriel** (Universität Münster), **Prof. Dr. Gerhard Wegner** (Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland), **Maria Loheide** (Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland) und **Prof. Dr. Georg Cremer** (Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes) über verschiedene Aspekte der vorsorgenden Sozialpolitik durch die Kirche.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 2. MÄRZ 2015

CHANCEN KANN NUR NUTZEN, WER SIE SEHEN WILL – WENN DIE DIGITALISIERUNG AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL TRIFFT



Die Experten während der Podiumsdiskussion

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer war am 2. März 2015 zu Gast in der Bonner Akademie, um über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt sowie auf das alltägliche Leben zu sprechen. Dabei ging sie insbesondere auf die Herausforderungen für die Politik im Zusammenhang mit einer effektiven Steuerung dieser Entwicklung ein und nannte konkrete Projekte in Rheinland-Pfalz sowie einen Vorschlag für eine länderübergreifende Koordinierung.

Insgesamt 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der gemeinsamen Einladung der Bonner Akademie und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu der Diskussionsveranstaltung. „Die digitale Revolution ist eigentlich Produkt eines Zerfalls“, denn „die analoge Ganzheitlichkeit unserer Wahrnehmung war rund 5 Millionen Jahre die einzige“, lautete **Prof. Bodo Hombachs** Bewertung zum Thema „Digitalisierung“. Gleichzeitig stellte der Präsident der Bonner Akademie in seiner Begrüßung die Frage „nach Sinn und Mehrwert dieses Fortschritts für analoge Menschen“, welche auch leitend für die folgende Diskussion sein sollte.

Malu Dreyer bezeichnete in ihrer anschließenden Rede die Digitalisierung als ein „Herzenthema“, das ihrer Meinung nach mehr Chancen als Gefahren in sich berge. Gerade der technologische Fortschritt könne eine „älter werdende Gesellschaft jung halten.“

Am wichtigsten sei dabei, die weitere digitale Entwicklung effektiv zu nutzen und am Ende sinnvoll in den Alltag der gesamten Bevölkerung einzubinden, schließlich werde die Digitalisierung immer stärker Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche nehmen.

Als Hauptschwerpunkte, bei denen an dieser Stelle sowohl Bundes- als auch Landespolitik zukünftig verstärkt aktiv werden müssten, nannte die rheinland-pfälzische Regierungschefin das Bildungswesen, den Datenschutz sowie die Förderung des hiesigen Wirtschaftsstandortes. Vor allem beim letzten Punkt sei ein koordinierter Ausbau des Breitbandanschlusses essentiell, denn „2 Mbit/s reichen hier nicht mehr aus.“

In der von **Hans-Jürgen Jakobs**, Chefredakteur des Handelsblatts, moderierten Diskussion übernahm als erstes



Über 140 Gäste wohnten der Diskussionsveranstaltung bei



Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz



oben:
Nico Lumma,
Co-Vorsitzender des Vereins „D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt“



oben:
Moderator der Podiumsdiskussion:
Hans-Jürgen Jakobs,
Chefredakteur des Handelsblatts



unten:
Fabian Schulz,
Director E-Business und
Telekommunikation bei
Simon-Kucher & Partners



unten:
Prof. Dr. Rainer Wieland,
Lehrstuhl für Arbeits- und Organisationspsychologie der Bergischen Universität Wuppertal

Nico Lumma, einer der Internetpioniere in Deutschland und Co-Vorsitzender des Vereins „D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt“, das Wort und stellte klar, dass die andauernde Skepsis gegenüber dem digitalen Fortschritt überwunden werden müsse, indem vor allem die Chancen für die Gesellschaft in den Vordergrund gestellt werden müssten. Hier pflichtete ihm **Prof. Dr. Rainer Wieland** bei. Der Arbeits- und Organisationspsychologe der Bergischen Universität Wuppertal sieht im aktuellen Trend auch Chancen für Ältere. Man solle sich außerdem davon lösen, die momentanen Entwicklungen in der Arbeitswelt hauptsächlich auf die Digitalisierung zu beschränken. Diese sei zwar ein prägendes Element, im Zentrum der allgemeinen Bemühungen solle aber vielmehr die Schaffung von ganzheitlichen guten Arbeitsbedingungen stehen – sowohl für Jung als auch für Alt.

Fabian Schulz, Director E-Business und Telekommunikation bei der Unternehmensberatung Simon-Kucher & Partners, beleuchtete hingegen auch die negativen Aspekte der Digitalisierung. Diese könne beispielsweise „zur Vereinsamung beitragen“, zu weniger Service und zur Abnahme „sozialer Interaktion“ führen. Dem hielt Malu Dreyer entgegen, dass man auch in Zukunft Lebensstrukturen schaffen müsse, die der drohenden Vereinsamung Einzelner entgegenwirkten.



Diese Veranstaltung fand statt in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

AUFTAKTWORKSHOP ZUM FORSCHUNGSPROJEKT | 9. MÄRZ 2015

POLITISCHE KOMMUNIKATION IN ZEITEN NEUER INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONS-TECHNOLOGIE



Experten und Fachpublikum bei der Diskussion

Mit einem Auftaktworkshop erfolgte am 9. März 2015 der Startschuss für das dies-jährige Forschungsprojekt der Bonner Akademie „Politische Kommunikation in Zeiten neuer Informations- und Kommunikationstechnologie“.

Nach einer Einführung in das Thema sowie einer Vorstellung der zentralen Forschungsfragen durch den Projektleiter, Prof. Dr. Thorsten Faas, und seinem Forschungsteam folgte eine angeregte Podiumsdiskussion, in deren Verlauf erste Fragen beantwortet und einige neue aufgeworfen wurden.

Zu Beginn der Veranstaltung machte Prof. Bodo Hombach deutlich, dass „politische Kommunikation ein zentrales Thema der Zivilgesellschaft“ sei. In diesem Zusammenhang solle sich der Kommunikator nicht primär auf seinen Gegner fokussieren, sondern den Blick vor allem auf sich selber richten. Prof. Faas von der Universität Mainz erläuterte zunächst die Beweggründe des Forschungsprojekts und stellte zwei Grundannahmen heraus, auf deren Auswirkungen sich das Projekt unter anderem konzentrierte: Zum einen sinke

die Wahlbeteiligung in Deutschland sowie innerhalb der Europäischen Union kontinuierlich, zum anderen komme es durch eine wachsende Unübersichtlichkeit auf der politischen Ebene zu einer größer werdenden Unsicherheit in der Wählerschaft. Daraus ableitend warf er die Frage auf, ob die neuen Medien dazu beitragen könnten, die Menschen wieder näher an die Politik heranzubringen.

Daniela Hohmann, Universität Mainz und ebenfalls Mitwirkende an dem Forschungsprojekt, formulierte die These von einer immer weiter ansteigenden „Medienkonvergenz“, also dem Verschmelzen von Medien, welche früher strikt getrennt waren. So werden beispielsweise in den Sozialen Medien Text, Bild und Ton in der Regel in einem Beitrag kombiniert.



Projektleiter:
Prof. Dr. Thorsten Faas,
Universität Mainz



oben:
Prof. Dr. Christoph Bieber,
Universität Duisburg-Essen



oben:
Prof. Bodo Hombach,
Präsident der Bonner Akademie



unten:
Holger Geißler (li.),
Vorstand des Markt- und Meinungs-
forschungsinstituts YouGov, im Ge-
spräch mit Moderator Dr. Christian
Krell (re.), Leiter der Akademie für
Soziale Demokratie der Friedrich-
Ebert-Stiftung



unten:
Valentina Kerst (li.),
Co-Vorsitzende des Vereins D64,
und Prof. Dr. Thorsten Faas (re.)

In der folgenden von Dr. Christian Krell, Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, moderierten Podiumsdiskussion kristallisierte sich eine ähnliche Einschätzung der Referenten bezüglich der Bedeutung der neuen Medien heraus. Holger Geißler, Vorstand des Markt- und Meinungsforschungsinstituts YouGov, nahm Stellung zu der Frage nach einem „deutschen Muster“ bei der Nutzung von Sozialen Medien. Laut Geißler sei Deutschland hier im Vergleich zu anderen Ländern weniger aktiv. Außerdem sei kein anderes Land so kritisch gegenüber Facebook und Google eingestellt wie die Bundesrepublik. Prof. Dr. Christoph Bieber von der Universität Duisburg-Essen formulierte die große Relevanz der Sozialen Medien, ihre ständige Verbindung im alltäglichen Leben und die unausweichliche Verknüpfung mit der Politik. Valentina Kerst,

Co-Vorsitzende des Vereins D64 und Geschäftsführerin der Strategischen Internetberatung topiclodge.Köln, griff diesen Gedanken auf und fügte hinzu, dass Politiker oder Parteien zu selten und zu spät im Bereich der Sozialen Medien tätig würden. Mit einem Schlusssatz von Prof. Dr. Frank Decker, Politikwissenschaftler an der Universität Bonn sowie Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie, fand die Veranstaltung ihren Abschluss.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 16. MÄRZ 2015

„AGENDA 2010“ – BILANZ EINER REFORM UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE ZUKUNFT



Zwölf Jahre nach der Verkündung der „Agenda 2010“ im Deutschen Bundestag warf Gerhard Schröder am 16. März 2015 in der Bonner Akademie einen Blick zurück auf Entstehung und Folgen dieses Rot-Grünen Projekts. Zugleich forderte er die deutsche Politik auf, zukünftigen Herausforderungen mit neuen Reformen zu begegnen und sprach über die Möglichkeiten einer solchen Agenda in anderen europäischen Mitgliedsstaaten.

In einer kurzen Begrüßung machte **Wolfgang Griebel**, Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg, deutlich, dass die „Agenda 2010“ heute viel Lob aus unterschiedlichen Richtungen bekomme. Er drückte aber auch seine Sorge darüber aus, dass die Große Koalition aktuell mit verschiedenen Projekten – wie z.B. der Mütterrente und der Rente mit 63 – dabei sei, diesen „Weg des Fortschritts“ zu verlassen. Anschließend gab der Präsident der Bonner Akademie, **Prof. Bodo Hombach**, eine Einführung in die Thematik des Abends. Er führte aus, wie die Rot-Grüne Koalition unter **Gerhard Schröder** mit ihrem Projekt der „Agenda 2010“ den „kranken Mann Europas“ wieder in einen Wachstumsmotor verwandelte.

Gerhard Schröder machte in seiner Rede deutlich, dass – angesichts von Herausforderungen wie dem demographischen Wandel und der Beschleunigung des globalen

Wettbewerbs – Deutschland trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in Folge der „Agenda 2010“ und verschiedener anderer wirtschaftlicher Faktoren keine Zeit zum Ausruhen bleibe. Neue Reformen, darunter die Flexibilisierung und Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie Investitionen in Infrastruktur und Bildung, seien dringend notwendig. Auch wenn es bei Reformen oft eine für die eigenen Wahlergebnisse unter Umständen ungünstige zeitliche Lücke zwischen Entscheidung und Wirkung gebe, sei Nichtstun keine Option. Ebenfalls im Hinblick auf diese Lücke plädierte Gerhard Schröder in der Europapolitik bezüglich Ländern wie Griechenland und Italien für die Losung „Zeit gegen Reformen“ und eine Flexibilisierung der Austeritätspolitik. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die „Agenda 2010“ nicht einfach auf andere europäische Mitgliedsstaaten eins zu eins übertragbar sei.



Über 250 Gäste nahmen an der Veranstaltung teil



oben: Übernahme die Begrüßung: Wolfgang Griebel, Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg



oben: Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, während seiner Einführung



unten: Moderierte das Gespräch: Andreas Tyrock, Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung



unten: Bundeskanzler a.D.

Das anschließende Gespräch eröffnete WAZ-Chefredakteur **Andreas Tyrock** mit einem Gastbeitrag von Andrea Nahles und Sigmar Gabriel in der Süddeutschen Zeitung, in dem sie der „Agenda 2010“ ihr Lob aussprechen, und den Gerhard Schröder mit den Worten „ich war auch überrascht“ kommentierte. Die SPD als Fortschrittspartei neige sonst oft dazu, die eigenen Erfolge nicht besonders herauszustreichen. In Bezug auf die weiterhin schlechten Umfragewerte riet er seiner Partei dazu, sich nicht nur als „Betriebsrat der Nation“ zu verstehen, sondern die ökonomische Kompetenz mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurden dann auch die negativen Folgen der „Agenda 2010“, wie zum Beispiel die Entwicklungen im Niedriglohnsektor, angesprochen. Schröder erläuterte, dass sie schon damals den Mindestlohn einführen wollten, die politische Situation dafür aber nicht günstig gewesen sei. Auch andere aktuelle politische Themen kamen zur Sprache oder wie Andreas Tyrock es ausdrückte: „Ohne Russland und Putin kommen wir hier nicht raus.“

Der Altkanzler sieht die Ursachen der Ukraine Krise in Fehlern, die schon ganz am Anfang gemacht wurden. Die Ukraine sei schon vorher kulturell tief gespalten gewesen zwischen dem russisch-orientierten Süden und Osten auf der einen, und dem europäisch-orientierten Westen auf der anderen Seite, weshalb man Russland in die Verhandlungen über das EU-Assoziierungsabkommen mit einbeziehen hätte sollen. Er lobte die deutsche Regierung dafür, dass sie nun als einzige darum bemüht sei, auch gegen den Willen der Amerikaner die Gespräche mit Russland aufrechtzuerhalten, denn es könne nur eine diplomatische und keinesfalls eine militärische Lösung des Konflikts geben. Im Hinblick auf die Sanktionspolitik sprach er sich dafür aus, „verbal abzurüsten“ und – statt immer neuer Drohungen – bei Erfüllung gewisser Bedingungen Russland auch einmal die Lockerung von Sanktionen in Aussicht zu stellen.

„ESSENER FORUM“ | 27. APRIL 2015

BESTANDSAUFNAHME RUHRGEBIET: ZUM STAND DER INTEGRATION VON MUSLIMEN IM RUHRGEBIET



Fruchtbarer Austausch zwischen Praktikern und Wissenschaftlern

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ fand am 27. April 2015 das „Essener Forum“ zum Thema „Bestandsaufnahme Ruhrgebiet: Zum Stand der Integration von Muslimen im Ruhrgebiet“ statt.

Das Forschungsprojekt untersucht die Gründe für die fortbestehende kulturelle Distanz zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Migranten. In der aktuellen Projektphase wird eine Bestandsaufnahme der Lebenssituation von muslimischen Familien und des Standes der Integration speziell älterer und jüngerer Menschen im Ruhrgebiet erarbeitet.

Zu diesem Zweck waren Experten und Praktiker aus dem Ruhrgebiet eingeladen, sich mit der Forschergruppe über ihre Erfahrungen in der Integrationsarbeit auszutauschen. Das „Essener Forum“ brachte neue Impulse für die weitere Ausrichtung des Forschungsprojekts und bot zudem den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen.

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 28. APRIL 2015

GOVERNANCE-MODELLE UND DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT



Prof. Dr. Gesine Schwan, Humboldt-Viadrina Governance Platform Berlin



Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D.



Viele Interessenten verfolgten den Vortrag zum Thema „Governance-Modelle und die Rolle der Zivilgesellschaft“

Mit Prof. Dr. Gesine Schwan, Humboldt-Viadrina Governance Platform Berlin, beehrte eine renommierte Referentin die Bonner Akademie am 28. April 2015. Die Veranstaltung bildete den Auftakt der Ringvorlesung „Europas Ende – Europas Anfang“ im Sommersemester 2015, die sich unter Leitung von Prof. Dr. Frank Decker und Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, beide vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Bonner Akademie der Suche nach neue Ideen für die Zukunft der Europäischen Union widmet.

In seiner Einführung verwies Prof. Decker auf die vielfältigen Herausforderungen, vor denen die europäische Staatengemeinschaft stehe. In die Diskussion über eine demokratisch legitimierte, effektive europäische Handlungsfähigkeit bringe die Referentin eine besondere Expertise ein. Sie sei aufgrund ihrer langjährigen, wissenschaftlichen Tätigkeit als Professorin einerseits und ihrer umfangreichen Erfahrungen in der praktischen Politik andererseits in beiden Welten – die der Wissenschaft und die der politischen Praxis – zuhause.

In ihrem Vortrag entwarf Prof. Schwan das Modell eines Governance-Netzwerks aus staatlichen Institutionen, transnationalen Unternehmern und aktiver Zivilgesellschaft, deren Kooperation es bedürfe, um die Herausforderungen der Politik in Europa und der globalisierten Welt zu meistern. Schließlich besäßen diese drei Akteursgruppen gemeinsam „viel mehr Macht und Einfluss“. Eine Fortführung und Sicherung der europäischen Integration als eine herausragende

„Erfolgsgeschichte der Politik“ verlange neuartige Herangehensweisen. In Bezug auf die europäische Finanzkrise hob sie insbesondere die Rolle des Bankensektors hervor und stellte in Hinblick auf die Entwicklungen in Griechenland der bisherigen Reformpolitik ein schlechtes Zeugnis aus. Um ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa zu erzeugen, bedürfe es einer Bottom-up-Strategie, die einen „grenzüberschreitenden Verständigungsprozess“ einbeziehe.

Dem Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion unter Leitung von Prof. Rüttgers, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D., in der sich die Referentin den vielfältigen Fragen des interessierten Publikums stellte. Die Runde schloss Prof. Rüttgers mit einem Plädoyer für „die Kraft der Ideen“, für die es sich zu engagieren lohne.

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 4. MAI 2015

AUSTERITÄTSPOLITIK – HEILMITTEL ODER SPARDIKTAT?



1 Prof. Dr. Frank Decker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



2 Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D.



3 Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg



Mehr als 100 Zuhörer – darunter viele Studenten der Bonner Universität – nahmen an der Vorlesung teil

Im Rahmen der Ringvorlesung „Europas Ende, Europas Anfang“ warf am 4. Mai 2015 in der Bonner Akademie Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, einen Blick auf die Bedingungen und Auswirkungen der Austeritätspolitik in den EU-Mitgliedstaaten.

Prof. Sturms Vortrag war der zweite der Veranstaltungsreihe unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Decker und Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, beide vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Prof. Decker verwies in seiner Einführung auf das hohe Maß an Uneinigkeit in Politik und Gesellschaft hinsichtlich der Bewertung von Austeritätspolitik, deren Ursachen nicht zuletzt in den unterschiedlichen Betroffenheiten begründet liegen. Mit seiner Forschung biete Prof. Sturm als Politikwissenschaftler und Experte für Wirtschaftspolitik eine wichtige Ergänzung zum weitgehend ökonomisch dominierten Forschungsbestand.

Prof. Sturm unterstrich in seinem Vortrag die oftmals diffuse Verwendung des Begriffs der Austeritätspolitik und entwickelte eine sowohl die wirtschaftliche als auch die gesellschaftliche Dimension einbeziehende Definition. Daran

anschließend stellte der Referent die Unterschiede zwischen den nationalen Diskursen in den EU-Mitgliedstaaten heraus sowie ihre Auswirkungen auf die Umsetzung und den Erfolg von Austeritätspolitik. Zudem finde sich in jedem Land eine nationale Färbung der konkreten Ausgestaltung, die auf der Budgethoheit der nationalen Parlamente fuße.

Im Rahmen der anschließenden, von Prof. Rüttgers, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D., geleiteten Diskussionsrunde beantwortete der Referent vielfältige Publikumsfragen. Dabei betonte er unter anderem die Auswirkungen der Diskurse auf die „Überlebensfähigkeit der Regierungen“ und auf die Entwicklung des nationalen Parteienspektrums. Prof. Rüttgers verwies auf die Aufgabe nicht zuletzt der Politikwissenschaft, ein „Verständnis für Lösungen“ aus der Krise zu erzeugen und den entsprechenden Anspruch der Veranstaltungsreihe.

„BONNER FORUM“ | 12. MAI 2015

DER ISLAM UND DIE SÄKULARE GESELLSCHAFT



1 Prof. Dr. Clemens Albrecht, Institut für Soziologie und Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau

2 Prof. Dr. Anne-Marie Bonnet, Kunsthistorisches Institut der Universität Bonn

3 Prof. em. Dr. Gottfried Küenzlen, Institut für Theologie und Ethik der Universität der Bundeswehr München



4 Prof. Dr. Christine Schirmmacher, Abteilung für Islamwissenschaft und Nahostsprachen der Universität Bonn

5 Prof. Dr. Bülent Ucar, Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück

Die Bonner Akademie lud am 12. Mai 2015 zum „Bonner Forum“, im Rahmen dessen sich Wissenschaftler aus den Bereichen Theologie, der Soziologie, der Islamwissenschaft und der Kulturwissenschaft zum Thema „Der Islam und die säkulare Gesellschaft“ austauschten.

Im Mittelpunkt dieser wissenschaftlichen Diskussionsveranstaltung standen das schwierige Verhältnis, aber auch die Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte zwischen Islam und westlicher Moderne.

Während sich Prof. Dr. Clemens Albrecht von der Universität Koblenz-Landau in seinem Vortrag der Entwicklung der säkularen Gesellschaft und der Frage widmete, ob sich der Islam reformieren und säkularisieren muss, ging Prof. em. Dr. Gottfried Küenzlen von der Universität der Bundeswehr München in seinen Ausführungen der Frage nach, ob dem Islam durch seine mannigfaltigen Strömungen Grundlagen einverwoben sind, die einem liberalen Staat entgegen stehen.

Die Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Christine Schirmmacher von der Universität Bonn und der islamische Theologe Prof. Dr. Bülent Ucar von der Universität Osnabrück zeichneten in ihren Beiträgen ein differenziertes Bild „des Islam“, dessen unterschiedliche Strömungen ein breitgefächertes

Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und des Verhältnisses von Religion und Staat ausmachen. Beide Wissenschaftler plädierten für die Notwendigkeit, den Islam in seiner Vielgestaltigkeit wahrzunehmen, statt ihn auf bestimmte negativ behaftete Tendenzen zu reduzieren. Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte, welche die Kunst als verbindendes Element zwischen den Kulturen und Religionen bietet, zeigte Prof. Dr. Anne-Marie Bonnet vom Kunsthistorischen Institut der Universität Bonn auf. Gleichzeitig wies sie auf den niedrigen Bekanntheitsgrad der modernen Kunst aus islamisch geprägten Kulturen in Deutschland sowie auf die Notwendigkeit der Überarbeitung des westlichen Verständnisses von islamischer Kunst hin.

Der Experten-Workshop fand statt im Rahmen des Forschungsprojekts „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“. Die Beiträge des „Bonner Forums“ werden in einer Projektpublikation im Juni 2015 erscheinen.



VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 18. MAI 2015

DEUTSCHE HEGEMONIE IN EUROPA?



1 Interessierte Zuhörer folgten den Ausführungen von Prof. Münkler



2 Prof. Dr. Frank Decker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



3 Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D.



Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität Berlin

Im dritten Teil der Ringvorlesung „Europas Ende, Europas Anfang“ unter Leitung von Prof. Dr. Frank Decker und Prof. Dr. Jürgen Rüttgers von der Universität Bonn wurde Prof. Dr. Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität, einer der bekanntesten und einflussreichsten Politikwissenschaftler Deutschlands, eingeladen.

Der Referent bot eine geopolitische Analyse der deutschen Position im heutigen Europa und ihrer Bedeutung für das europäische Integrationsprojekt.

In seiner Einleitung hob **Prof. Rüttgers**, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D., die Bedeutung des Referenten als Wissenschaftler und Berater der aktiven Politik hervor, der auch kontroverse Debatten nicht scheue. Durch seine Arbeit zur Rolle Deutschlands in Europa und der Welt besitze **Prof. Münkler** eine besondere Expertise zur Fragestellung nach der Zukunft der Europäischen Union. Prof. Münkler zeigte in seinem Vortrag jene Veränderungen im europäischen System auf, durch die Deutschland heute eine anspruchsvollere und mit größeren Erwartungen verbundene Rolle zugewiesen werde. Diese lägen u.a. in den EU-Erweiterungsrunden sowie in der stärkeren Zurückhaltung der USA begründet, sich für die Sicherheitspolitik in Europa zu engagieren. Zudem habe die ökonomische

Komponente politischer Macht an Bedeutung gewonnen, wodurch Deutschland weiter in eine Leitposition gedrängt werde. Um einen guten Umgang der deutschen Politik mit den neuen Konstellationen zu sichern, mahnte Prof. Münkler Zurückhaltung und „rhetorische Zügel“ der Politik an sowie die stete Bemühung um politische Partner in Europa.

Prof. Decker stimmte in der anschließenden, von ihm geleiteten Diskussion der Bewertung der weiterhin zentralen Bedeutung der nationalen Regierungen in Europa zu und verwies auf die neue Qualität der gegenwärtig herrschenden Krise, deren Ausgang für die EU noch nicht absehbar sei. Prof. Münkler äußerte sich im Rahmen der Diskussionsrunde skeptisch gegenüber der Wahrscheinlichkeit baldiger weiterer Kompetenzabgaben an die europäische Ebene aufgrund zu stark divergierender Prioritäten der Mitgliedstaaten.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG | 28. MAI 2015

JUGEND UND ISLAM – DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PERSPEKTIVEN



Die Diskutanten



Über 180 Gäste folgten der Einladung der Bonner Akademie und des Institut français

Auseinandersetzungen und Debatten rund um den Islam prägen tagtäglich die Schlagzeilen der deutschen und französischen Presse. Am 28. Mai kamen Vertreter aus der Politik, den Medien und der Wissenschaft in der Bonner Akademie zusammen, um über „Jugend und Islam – deutsch-französische Perspektiven“ zu diskutieren. 150 Teilnehmer folgten der gemeinsamen Einladung der Bonner Akademie und des Institut français.

In Deutschland wie in Frankreich hat sich im Zusammenhang mit Pegida-Demonstrationen und den Parolen des „Front national“ die gesellschaftliche und politische Diskussion um die Radikalisierung muslimischer Mitbürger neu entfacht. Im Mittelpunkt stehen dabei oft die männlichen Jugendlichen muslimischen Glaubens und die Frage danach, wie junge Menschen dazu gebracht werden können, ihre starren Weltbilder zu öffnen. Zwar hat der Islam in Deutschland wie in Frankreich ein Image-Problem, gleichzeitig hat er sich aber auch für viele Jugendliche zu einer neuen Jugendkultur entwickelt und steht für einen neuen „way of life“.

Prof. Dr. Françoise Rétif, Direktorin des Institut Français Bonn, und **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, wiesen in ihren einleitenden Worten auf die hohe Relevanz und Aktualität dieser Debatte hin, die vor allem mit Wissen gefüllt werden muss. „Wir müssen über

radikale Imame sprechen, wir müssen aber auch über das Verhalten der Mehrheitsgesellschaft reden, in der sich Ressentiments und Vorurteile zu einem gefährlichen Gemisch vermengen. „Und wir müssen über die Rolle der Medien reden, die diese Debatte prägt“, fasste Prof. Bodo Hombach die gesellschaftlichen Aufgaben zusammen. In der von **Alexander Marguier**, dem stellvertretenden Chefredakteur des Cicero, moderierten Diskussion, machte die CDU-Landtagsabgeordnete **Serap Güler** zunächst darauf aufmerksam, dass die Identitätszuweisung, ein Moslem oder eine Muslima zu sein, gleichsam bedeute, zu einer „problematischen“ Bevölkerungsgruppe zu gehören.

In den Medien seien Negativbeispiele von Muslimen überrepräsentiert. Eine derartige Darstellung führe zu Spaltungen in den europäischen Gesellschaften. Die Sozialwissenschaftlerin **Prof. Dr. Claire de Galembert** konstatierte, dass der



oben:
Prof. Bodo Hombach,
Präsident der Bonner Akademie

unten:
Dr. Willi Steul,
Intendant des Deutschlandradios,
hat seit 2003 sowohl die deutsche
als auch die französische Staatsbür-
gerschaft inne



oben:
Dr. Sascha Lehnartz, 2008 bis Ende
2014 Frankreichkorrespondent der
Zeitung „DIE WELT“

unten:
Moderierte die Veranstaltung:
Alexander Marguier,
stellvertretender Chefredakteur des
Magazins „CICERO“



oben:
Prof. Dr. Claire de Galembert,
Soziologin am CNRS
(Centre National de la Recherche
Scientifique) in Paris

unten:
Serap Güler,
Mitglied des Landtages und Mitglied
im Bundesvorstand der CDU

Riss zwischen der muslimischen und der restlichen französischen Gesellschaft noch nie so tief gewesen sei wie heute. Diese „rupture“ sei nicht erst in den vergangenen Jahren entstanden, sondern das Ergebnis einer gesellschaftlichen Konfrontation, die bis in die 1990er Jahre zurückreiche. Aus ihrer Sicht sei es jedoch möglich, diesen Riss mit Hilfe einer offenen Laizität zu kitten.

Ähnlich sah es der langjährige Frankreichkorrespondent der Zeitung „DIE WELT“, **Dr. Sascha Lehnartz**, der aus persönlicher Erfahrung bestätigte, welche urbanistische Katastrophe die französischen Banlieues darstellten. Sie seien eine der Hauptursachen für das Auseinanderdriften der französischen Gesellschaft.

Die Möglichkeit einer Überwindung der „rupture“ zwischen der muslimischen und der Mehrheitsgesellschaft sieht der Intendant des Deutschlandradios, **Dr. Willi Steul**, im Gegensatz zu Prof. de Galembert eher kritisch. Als Ethnologe, Historiker und Theologe hat er sich sowohl wissenschaftlich

als auch journalistisch mit den vom Islam geprägten Ländern auseinandergesetzt. Den Islam könne man nur verstehen, indem man ihn in seinen historisch-exegetischen Zusammenhang stelle. Die Stammtischgespräche über den Islam hingegen seien geprägt von Unwissen und mangelndem Verständnis. Hier sieht er die Aufgabe des Journalismus in der Aufklärung und Wissensvermittlung.

Viele Fragen bedürfen weiterhin einer gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung. Gibt es etwas, was Deutsche und Franzosen im Umgang mit muslimischen Mitbürgern voneinander lernen können? Mit welchen integrationspolitischen oder auch zivilgesellschaftlichen Anstrengungen kann die Integration von muslimischen Jugendlichen gefördert werden? Prof. Hombach und Prof. Rétif hoffen, die Öffentlichkeit mit dieser Diskussion für die Bedeutung solcher gesellschaftlichen Debatten sensibilisiert zu haben und schauen einer guten Zusammenarbeit zwischen den beiden Bonner Institutionen entgegen.



VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER RINGVORLESUNG | 8. JUNI 2015

EUROPA – AUF DER SUCHE NACH EINER ZUKUNFTSSTRATEGIE



Volle Reihen in der Bonner Akademie

1 Prof. Dr. Frank Decker, Institut für politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn

2 Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der LMU München

Mit Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Ludwig-Maximilians-Universität München, konnte die Bonner Akademie einen der großen Kenner von Politischer Wissenschaft und aktiver Politik begrüßen. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Ringvorlesung „Europas Ende – Europas Anfang“ statt, die sich zur Aufgabe gemacht hat, Zukunftsperspektiven der EU auszuloten und zu diskutieren.

Die Veranstaltungsreihe unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Decker und Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, beide vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, wird in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt.

Prof. Decker verwies in seiner Begrüßung darauf, dass die europäische Integration für Prof. Weidenfeld zu einem „Lebensthema“ geworden sei. Ihn zeichne dabei nicht nur die Expertise eines angesehenen, durch seine vielfachen akademischen Positionen ausgezeichneten Politikwissenschaftlers aus, sondern auch sein großer Erfahrungsschatz als auf höchster Ebene agierender Politikberater.

In seinem Vortrag betonte Prof. Weidenfeld, dass die alten Begründungen der Integrationsentwicklung heute nicht mehr trügen. Stattdessen bedürfe es neuer Strategien, um eine Orientierung zu schaffen. Aus historischer Perspektive sei die Integration zugleich Erfolgsprojekt, Ausdruck pragmatischen Agierens sowie auch gezeichnet durch Krisen, die die Staatengemeinschaft regelmäßig erfassten. Diese hätten jedoch stets als Impuls zur Weiterentwicklung genutzt werden können. Zu den großen Problemen der kommen-

den Jahre zähle, die Legitimation der Europäischen Union zu sichern, ihre Transparenz zu erhöhen und eine klare Führungsstruktur zu schaffen. Auf thematischer Ebene würden ein politischer Rahmen für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie das Voranbringen der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu den primären Themen zählen. Um eine Zukunftsstrategie zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise der EU zu entwickeln, müsse die politisch-kulturelle Komponente künftig eine deutlich größere Aufmerksamkeit erfahren.

Prof. Decker wies in der von ihm geleiteten Diskussion auf den Zusammenhang zwischen der sinkenden Wahlbeteiligung bei Europawahlen und das von Prof. Weidenfeld angesprochene Legitimationserfordernis der EU hin. Prof. Weidenfeld mahnte dazu die Notwendigkeit an, den Bürgern europäische Themen besser zu vermitteln. Zugleich unterstrich er die Bedeutung der Erklärungs- und Deutungs-hoheit von Problemlagen für deren Lösung. Die aktuelle Politik sei hingegen stark situativ geprägt und sollte sich daher wieder vermehrt einer größeren Strategie für das europäische Integrationsprojekt widmen.

WORKSHOP IM RAHMEN DES FORSCHUNGSPROJEKTS | 12. JUNI 2015

KIRCHEN ALS TRÄGER VORSORGENDER SOZIALPOLITIK



Teilnehmer des Expertenworkshops

Zum Forschungsprojekt „Kirchen als Träger vorsorgender Sozialpolitik“, fand am 12. Juni 2015 ein weiterer Expertenworkshop statt, der sich mit dem Beitrag der kirchlichen Wohlfahrtsverbände für die Weiterentwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Konzeptionen und Strukturen befasste.

Nach der offiziellen Begrüßung durch die Gastgeberin **Barbara Eschen**, Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO), skizzierte Projektleiter **Prof. Dr. Wolfgang Schroeder** den Zusammenhang zwischen allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Nejustierungsbemühungen auf der normativen sowie der strukturell-organisatorischen Ebene und den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden. Im Anschluss referierten **Holger Backhaus-Maul**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, **Martin Matz**, Vorstand des Diakonischen Werkes in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO),

sowie **Christina Busch**, Mitglied des Caritasverbands für das Erzbistum Berlin. Am Ende des Workshops wurden Ergebnisse auf insgesamt drei Ebenen gezogen: Mit Blick auf die analytisch-konzeptionelle Ebene wurde festgestellt, dass die kirchlichen Wohlfahrtsverbände eigene normative Stärken in Richtung Vorsorgen und Vorbeugung entwickeln. Auf der zweiten Ebene der Organisationen kam es durch wettbewerbliche Anreize zu Veränderungen in den Organisationen. Auf der dritten Ebene der Strategie sind Lernprozesse in den Führungsstrukturen der Wohlfahrtsverbände zu verzeichnen.

„ESSENER FORUM“ | 17. JUNI 2015

SOZIALE INSTITUTIONEN IM WANDEL – ALTEN- UND KRANKENPFLEGE IN EINER MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT



Prof. Dr. Ismail Tufan, Leiter des Departments für Gerontologie an der Akdeniz Universität Antalya, während seines Vortrags

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, sich wandelnder Sozialstrukturen und einer kulturell vielfältig geprägten Gesellschaft in Deutschland stehen viele soziale Institutionen, insbesondere Wohlfahrtsverbände, vor neuen Herausforderungen. Das Ruhrgebiet kann dabei exemplarisch als Forschungsstätte des demographischen Wandels in Deutschland gesehen werden.

Das im Rahmen des Forschungsprojekts „Wie viel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ ausgerichtete „Essener Forum“ widmete sich am 17. Juni 2015 dem Thema der kultursensiblen Alten- und Krankenpflege und der interkulturellen Öffnung von sozialen Institutionen. Experten und Praktiker aus Einrichtungen und Modellprojekten der kultursensiblen Pflege kamen an diesem Tag zusammen, um über den Stand der Integration älterer Menschen muslimischen Glaubens in den Bereichen Gesundheit und Pflege zu diskutieren.

Im Fokus standen die Fragen nach den Bedürfnissen der muslimischen Bevölkerung und den Herausforderungen, denen sich Pflegeeinrichtungen im Ruhrgebiet in Zukunft verstärkt stellen müssen.

Das Forschungsprojekt wird sich im Rahmen kommender Fachtagungen und Expertengespräche weiterhin der Lebenssituation älterer Menschen muslimischen Glaubens und ihrer Integration im Ruhrgebiet widmen.

GERECHTIGKEIT – KONKRET!



Trotz umfangreicher Debatten in Politik, Wirtschaft und Medien ist der Inhalt des Begriffs „Gerechtigkeit“ schwer zu fassen. Die Meinungen darüber, was im grundsätzlichen, aber auch konkreten Fall „gerecht“ ist, gehen weit auseinander. Wer sich dem Begriff nähert, steht vor vielen Fragen: Wie unterscheiden sich Gerechtigkeitsvorstellungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen? Gibt es ein spezifisch „deutsches“ Gerechtigkeitsempfinden? Wie lässt sich unternehmerisches Gewinnstreben noch stärker mit dem gesellschaftlichen Gemeinwohl verbinden?

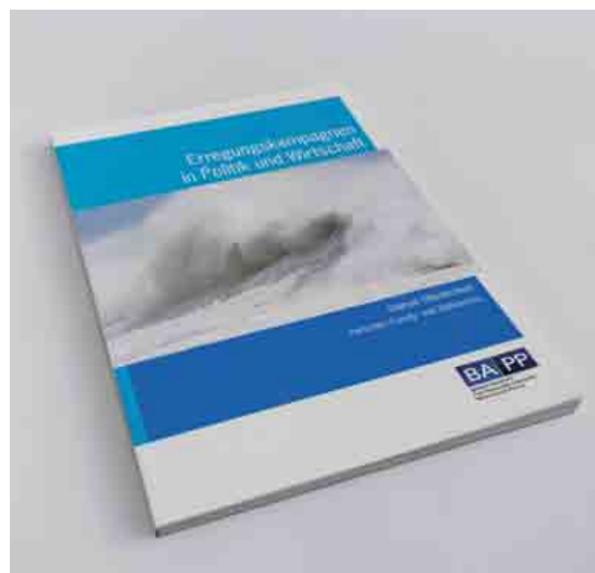
Um diese Fragen zu diskutieren, führte die Bonner Akademie vier Workshops sowie eine öffentliche Abschlussveranstaltung durch, bei denen eine Vielzahl thematischer Aspekte rund um den Begriff „Gerechtigkeit“ im Fokus stand. Die Ergebnisse dieser Diskussionen haben wir in der Publikation „Gerechtigkeit – KONKRET!“ veröffentlicht.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

ERREGUNGSKAMPAGNEN IN POLITIK UND WIRTSCHAFT – DIGITALE ÖFFENTLICHKEIT ZWISCHEN CANDY- UND SHITSTORMS

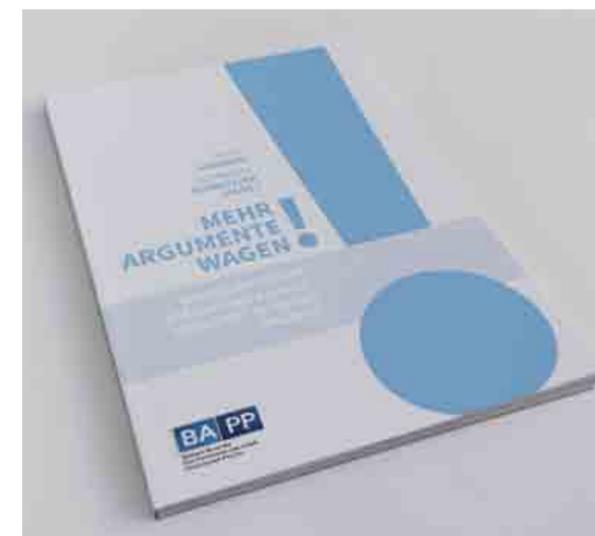
Beinahe jede Woche steht ein anderes Thema oder eine andere Person im Mittelpunkt digitaler Öffentlichkeit. Meist wird massenhaft Kritik und Ablehnung durch die sozialen Netzwerke gespült, doch manche Nutzer erhalten auch große Anerkennung aus der digitalen Gesellschaft. Selbst der Duden kennt inzwischen die Eintragung „Shitstorm“, dennoch folgen diese Stürme der Entrüstung im Internet kaum festgefügt Mustern.

Die Bonner Akademie hat im Jahr 2014 ein von **Prof. Dr. Caja Thimm** (Universität Bonn) und **Prof. Dr. Christoph Bieber** (Universität Duisburg-Essen) geleitetes Forschungsprojekt mit dem Titel „Erregungskampagnen in Politik und Wirtschaft – digitale Öffentlichkeit zwischen Candy- und Shitstorms“ durchgeführt, das sich mit solchen Kommunikationsereignissen und den Reaktionsstrategien der Betroffenen auseinandergesetzt hat.



BODO HOMBACH / ALEXANDER SCHWEITZER (HRSG.):

MEHR ARGUMENTE WAGEN! WIRTSCHAFTLICHE STÄRKE UND SOZIALE VERNUNFT IN NEUER BALANCE



Wie kann man die Argumentationskraft von Politik, Wirtschaft und Medien für „alte“ und „neue“ Fragen stärken und in Deutschland durch gezielte Initiativen und gemeinsames Handeln aller gesellschaftlich relevanten Akteure Wachstum und soziale Gerechtigkeit ausbauen? In unserer Publikation „Mehr Argumente wagen! Wirtschaftliche Stärke und soziale Vernunft in neuer Balance“ stellen sich Politiker, Unternehmer, Journalisten, Gewerkschafter und Wissenschaftler dieser Frage.

Mit Beiträgen von Oliver Burkhard, Silke Eilers, Dr. Klaus Engel, Prof. Dr. Klaus Gretschmann, Prof. Dr. Jürgen Kluge, Prof. Dr. Thomas Leif, Christian Lindner, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Prof. Dr. Jutta Rump, Prof. Dr. Jürgen Rüttgers und Michael Vassiliadis. Das Buch wurde herausgegeben von Prof. Bodo Hombach und Alexander Schweitzer.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

SOZIALE MEDIEN IN PROTESTBEWEGUNGEN. NEUE WEGE FÜR DISKURS, ORGANISATION UND EMPÖRUNG?



Welche Rolle spielten die sozialen Medien – insbesondere Facebook und Twitter – bei der transnationalen Empörung nach der Finanzkrise? Das Buch analysiert diese Frage anhand der Proteste in Portugal, Spanien, USA, Großbritannien und Deutschland. Die Ergebnisse bringen Aufschluss, wie transnational die Kommunikation der Protestbewegungen in den Jahren 2011 und 2012 ausgerichtet war. Zudem wird deutlich, wozu die Aktivisten das Netz nutzten: zum inhaltlichen Diskurs, zur Organisation des Protests oder zur Verbreitung von Emotionen.

Zu dem von **Prof. Dr. Marianne Kneuer** und **Dr. Saskia Richter** (beide Universität Hildesheim) durchgeführten Forschungsprojekt „Globale Krisen, nationale Proteste: Empörungsbewegungen nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte und die Rolle des Internets“ ist im Campus-Verlag die Abschlusspublikation mit dem Titel „Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?“ erschienen.

PUBLIKATION ZUM FORSCHUNGSPROJEKT

WIE VIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

INTEGRATIONSERFAHRUNGEN JUNGER UND ALTER MENSCHEN IN EINER SÄKULAR GEPRÄGTEN GESELLSCHAFT AM BEISPIEL DES RUHRGEBIETS



Das Thema „Islam“ wird in Politik, Medien, Gesellschaft und Wissenschaft intensiv diskutiert. Dabei werden Chancen, Probleme und Herausforderungen der Integration in Deutschland – auch und insbesondere in urbanen Zentren wie dem Ruhrgebiet – vielseitig analysiert und bewertet. Die Bonner Akademie beschäftigt sich in ihrem in Kooperation mit der Brost-Stiftung durchgeführten Forschungsprojekt mit der Lebensrealität der im Ruhrgebiet lebenden Muslime und untersucht die Gründe für die teilweise fortbestehende kulturelle Distanz im Alltag zur nicht-muslimischen Bevölkerung. Im Fokus der Forschungen steht die Analyse von Integrationsmaßnahmen für junge und alte Menschen muslimischen Glaubens im Ruhrgebiet.

Die Diskussionsbeiträge und Befunde der ersten Phase der Projektarbeit hat die Bonner Akademie in einer Publikation veröffentlicht. Die vielseitigen Beiträge bieten nicht nur Einblicke in die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die Komplexität der Integrationsdebatte in Deutschland. Neben Interviews mit Integrationsexperten aus dem Ruhrgebiet sind zudem Beiträge von renommierten Wissenschaftlern zu finden, die das schwierige Verhältnis zwischen Islam und westlicher Moderne thematisieren.

18. MÄRZ 2015:

RUSSLAND – POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND KULTURELLE DIMENSIONEN UND PERSPEKTIVEN



Lars Flottrong, Director-Partner der RUSSIA CONSULTING, während seines Vortrags

Die erste Lehrveranstaltung der Bonner Akademie im Jahr 2015 fand am 18. März zum Thema „Russland – Politische, wirtschaftliche und kulturelle Dimensionen und Perspektiven“ statt.

Zu diesem hochaktuellen Thema referierten **Dr. Hannelore Schmidt**, Geschäftsführerin der ITMO Consulting Coaching Training für Osteuropa, **Lars Flottrong**, Director-Partner der RUSSIA CONSULTING, und **Ulrich Steinert**, Generalbevollmächtigter der Basalt AG.

Zu Beginn der Veranstaltung berichtete Dr. Hannelore Schmidt über kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Russland und Deutschland. In einer anschließenden Übung sollten die Teilnehmer Symbole, Rituale und Werte in Deutschland sowie Russland jeweils zusammentragen und diskutieren. Weiterhin bot Dr. Schmidt einen Einblick über die interkulturellen Besonderheiten im Umgang mit russischen Geschäftspartnern.

Lars Flottrong schilderte danach die grundsätzlichen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten des flä-

chenmäßig größten Landes der Erde. Einen großen Teil des Vortrags nahmen auch die aktuelle und zukünftige Situation für deutsche Unternehmen auf dem russischen Markt ein. In diesem Zusammenhang nannte Flottrong die Ukraine-Krise. Diese trübe das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland, und durch die damit verbundenen Sanktionen seitens der EU „treiben wir Russland in die Hände von China“, betonte Flottrong.

Abschließend steuerte Ulrich Steinert einen sehr praxisnahen Beitrag über das wirtschaftliche Engagement seines Unternehmens in Russland bei. Er schilderte anschaulich seine Erfahrungen, welche er bis zum jetzigen Zeitpunkt sammeln konnte sowie seine zukünftigen Erwartungen an den russischen Markt.

15. APRIL 2015:

DIE ‚NEUEN TIGERSTAATEN‘ SÜDOSTASIENS: BIG PLAYER DER ZUKUNFT?



Prof. Dr. Andreas Stoffers während seines Vortrags

Die zweite Lehrveranstaltung des ersten Halbjahres 2015 fand am 15. April 2015 statt und widmete sich dem Thema „Die ‚neuen Tigerstaaten‘ Südostasiens: Big Player der Zukunft?“.

Für dieses Thema konnte die Bonner Akademie Prof. Dr. Rolf-Dieter Reineke, Professor für Internationales Management an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Geschäftsführer der UMI ASIA AG, den selbstständigen Unternehmensberater Sergey Frank sowie Prof. Dr. Andreas Stoffers, ehem. Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Bank Vietnam sowie ehem. Vice Chairman European Chamber of Commerce Vietnam, als Referenten gewinnen.

Am Vormittag stellte Prof. Dr. Rolf-Dieter Reineke den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die boomende ASEAN-Region näher vor. Dabei unterstrich er die hohe Diversität zwischen den einzelnen Ländern bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Ausprägungen. Momentan finde in den ASEAN-Staaten – insbesondere in den Städten – ein intensiver kultureller Wandel statt. Gleichzeitig wachse die Mittelklasse aktuell explosionsartig, was gerade für Unternehmen aus Europa – vor allem für Produzenten

von Luxusgütern – einen starken Anreiz biete, in den südostasiatischen Markt zu investieren, so Prof. Reineke.

Zusammen mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern erarbeitete Sergey Frank am Nachmittag in einer Fallstudie die anteilige Übernahme eines vietnamesischen Vertriebsunternehmens durch eine europäische Firma und erläuterte die Herausforderungen sowie Schwierigkeiten bei einem solchen Vorhaben.

Prof. Dr. Andreas Stoffers, der viele Jahre für die Deutsche Bank in leitenden Funktionen in Vietnam tätig war, berichtete zum Ende der Lehrveranstaltung von seiner Zeit in Südostasien und lieferte somit einen sehr praxisnahen Einblick. In diesem Zusammenhang ging er vor allem auf interkulturelle Besonderheiten ein und erläuterte anhand von Beispielen eine überzeugende Vorgehensweise bei Themen wie z.B. dem Networking.

6. MAI 2015:

BRASILIEN: DIE NEUE MACHT IN LATEINAMERIKA?



Cristina Ramalho referierte über die kulturellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in Brasilien

Am 6. Mai 2015 fand mit der Lehrveranstaltung „Brasilien: Die neue Macht in Lateinamerika?“ das letzte Seminar im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Die ‚Big Player‘ der neuen Weltwirtschaft“ statt.

Als Referenten konnten Cristina Ramalho, Interkulturelle Kommunikation und Coaching, Dr. Uwe Kaestner, Botschafter a.D. in Brasilien und Vizepräsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft, Carlos von Ysenburg, Geschäftsführer der SUPRAMOSA+ UG, und Sabine Zöll, Projektmanagerin Olympische Spiele beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), gewonnen werden.

Am Morgen referierte Cristina Ramalho über die kulturellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in Brasilien. Als besonders wichtig stellte sie heraus, dass sehr viel Wert auf hierarchische Abgrenzungen gelegt würde. Zudem wies Sie auf bestimmte brasilianische Eigenheiten wie den Jeitinho („Wir finden einen Weg“) hin, der sich immer im kritischen Spannungsfeld zwischen Korruption und Bitte bewegt und nicht selten eher Regel als Ausnahme in Politik und Gesellschaft ist.

Am Nachmittag widmete sich der deutsche Botschafter a.D. in Brasilien, Dr. Uwe Kaestner, dem politischen System und der Volkswirtschaft Brasiliens. Zu Beginn stellte er heraus, dass Brasilien nicht im Fokus der deutschen Öffentlichkeit stehe, so dass eine selektiv-negative Berichterstattung über die politischen Geschehnisse dort vorherrsche. Nichtsdesto-

trotz sei Brasilien als Handelspartner für Deutschland von wesentlichem Interesse, bedenkt man, dass allein das Land Sao Paulo ein BIP in Höhe dessen von ganz Argentinien hat. Carlos von Ysenburg widmete sich in seinem Vortrag den Bedingungen des brasilianischen Marktes und den Möglichkeiten für deutsche Unternehmen, in diesen zu investieren. Bereits 1.400 deutsche Unternehmen sind heute in Brasilien ansässig und erwirtschaften mit 250.000 Mitarbeitern ca. 10% des BIP. Von besonderer Wichtigkeit für Brasilien ist der Agrarsektor, der 25% des BIP ausmacht. Als Probleme für ausländische Unternehmen in Brasilien stellte er heraus, dass eine komplizierte Steuergesetzgebung wie auch andere gesetzliche Bestimmungen einen Markteintritt stark verkomplizieren.

Zuletzt referierte Sabine Zöll vom DOSB über das Projekt Olympische Spiele 2016 in Rio de Janeiro. Als Besonderheit gegenüber vielen olympischen Spielen der Vergangenheit betonte sie, dass erstmals wieder die Spiele vollständig an einem Ort ausgetragen werden könnten und nicht über mehrere Orte verteilt werden müssen. Die aufwendigen Planungs- und Bauarbeiten seien auf einem guten Weg, so dass entgegen einiger negativer Erwartungen alles pünktlich fertig gestellt sein werde.

ERNENNUNG VON BODO HOMBACH ZUM HONORARPROFESSOR



Neuer Honorarprofessor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:
Prof. Bodo Hombach (M.)



Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, damaliger Rektor der Universität Bonn, überreicht Bodo Hombach die Ernennungsurkunde zum Honorarprofessor

Die Bonner Akademie freut sich über die Ernennung ihres Präsidenten, **Bodo Hombach**, zum Honorarprofessor. Die feierliche Übergabe der Ernennungsurkunde erfolgte am 18. November 2014 durch den damaligen Rektor der Universität Bonn, **Prof. Dr. Jürgen Fohrmann**. Damit wird dem Einsatz in Forschung und Lehre, die Prof. Bodo Hombach an der Uni Bonn betreibt, Rechnung getragen. Denn Bodo Hombach ist nicht nur Präsident der BAPP, sondern lehrt auch regelmäßig am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Uni Bonn. Derzeit befasst er sich mit dem Balkan und seiner EU-Integration. Hierbei wird der Anspruch, den die Bonner Akademie an sich selbst erhebt, offenbar: Die Politik praxisnah und wissenschaftlich erleben und verstehen. Hombach selbst war von 1999-2001 Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Südosteuropa und kann somit ganz im Sinne des Selbstbildes der

Bonner Akademie den Bonner Politikstudenten praxisnahe Erfahrungen vermitteln. Zuvor widmete sich der ehemalige Bundeskanzleramtschef dem Thema des Skandals und der Skandalisierung in Politik und Medien.

Kommentar von Bodo Hombach nach seiner Ernennung zum Professor: „Es ist spannend, nach zweitem Bildungsweg und intensiven Stationen in Wirtschaft, Politik und Medienmanagement nun einen neuen Schwerpunkt auf wissenschaftliche Reflexion zu legen. Cross-over ist überall das Gebot der Stunde. Aber ich erforsche nicht nur, warum ich was getan habe. Im Dialog mit hellwachen Bonner Studenten und Studentinnen kann ich neue Erfahrungen machen und alte weitergeben. Eine tolle Aufgabe und Herausforderung!“

PETER LIMBOURG VERSTÄRKT DAS KURATORIUM



(Foto: © DW/M. Magunia)

Neues Kuratoriumsmitglied: Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle

Die Bonner Akademie hat Peter Limbourg, den Intendanten der Deutschen Welle, als neues Kuratoriumsmitglied gewonnen. Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, zur Ernennung des neuen Mitglieds des Kuratoriums:

„Als langjähriger erfahrener Journalist mit internationalem Hintergrund steigert **Peter Limbourg** in der Bonner Akademie die Verflechtung von Medien und Politik und stärkt zugleich die Vernetzung der BAPP am Standort Bonn. Als Intendant der Deutschen Welle leitet er ein modernes Multimediaunternehmen und arbeitet daran, die

internationale Medienpräsenz Deutschlands zu stärken. Seine umfangreiche Medien- und Auslandserfahrung und journalistischen Kompetenzen machen ihn zu einer großen Bereicherung für unser Kuratorium. Es ist mir daher eine große Freude, ihn als neues Mitglied bei uns begrüßen zu dürfen!“

VERLEIHUNG DER EHRENDOKTORWÜRDE AN DR. WERNER MÜLLER



Rechte: Von der HP der Uni Duisburg-Essen, siehe https://www.uni-due.de/centide/news_one.php?id=980

Dr. Dr. h.c. Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung und Bundesminister a.D.

Dr. Dr. h.c. Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung, Bundeswirtschaftsminister a.D. und langjähriger Weggefährte von **Prof. Bodo Hombach**, ist am 29. Mai 2015 zum Ehrendoktor der Universität Duisburg-Essen (UDE) ernannt worden.

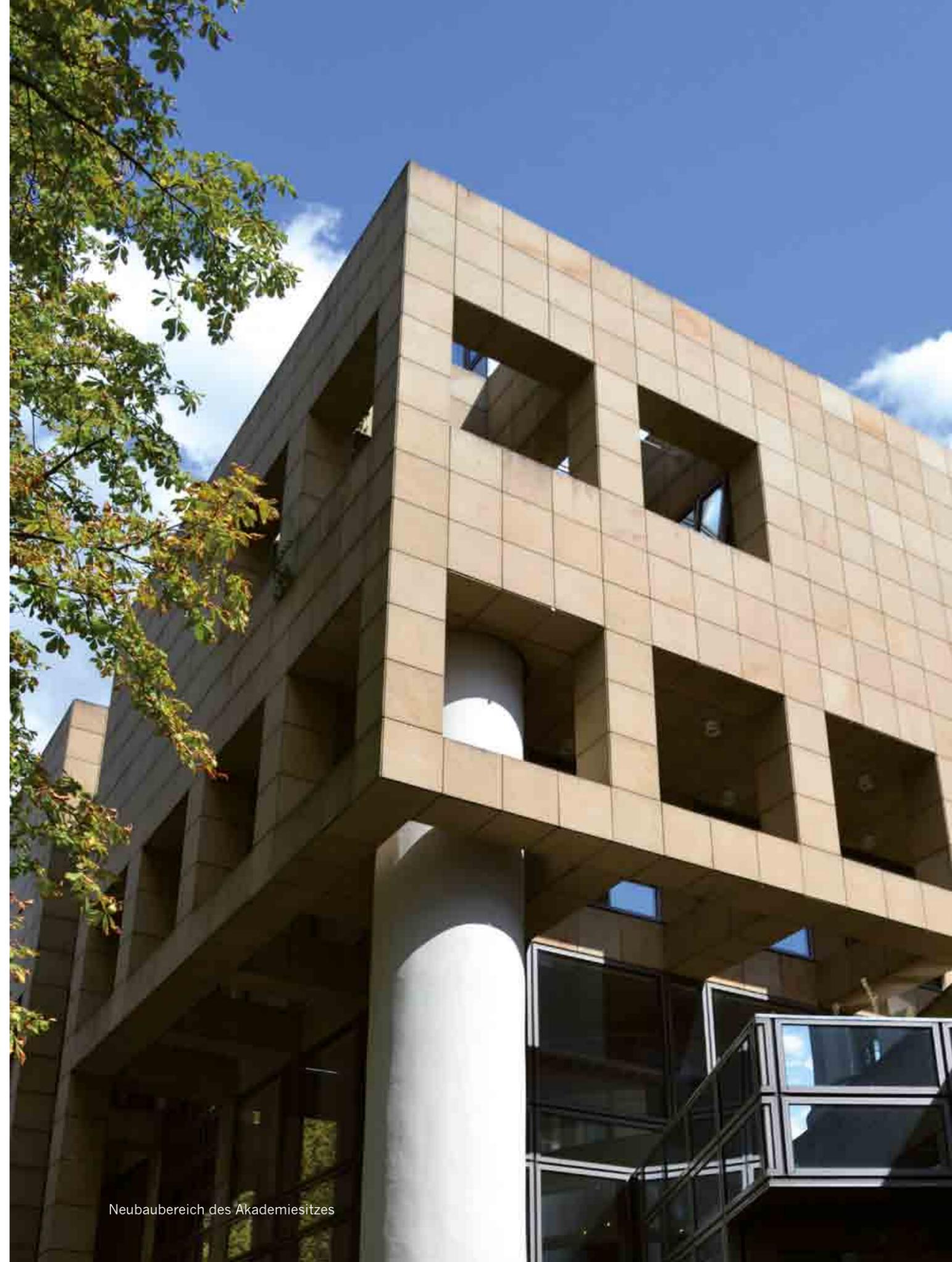
„Mit Dr. Müller ehren wir einen verlässlichen Partner, der uns stets dabei unterstützt hat, zukunftsweisende Projekte an unserer Universität umzusetzen - sei es bei der naturwissenschaftlichen Nachwuchsförderung, bei nanotechnologischen Einrichtungen oder bei Deutschlandstipendien an Studierende mit Migrationshintergrund“, so Rektor **Prof. Dr. Ulrich Radtke**.

Werner Müller, der in Essen geboren wurde, in Mannheim VWL und in Duisburg und Bremen Philosophie und

Linguistik studierte, übernahm in Wirtschaft und Politik Führungs- und Verantwortungspositionen, war von 1998-2002 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und ist seit 2012 Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung sowie Aufsichtsratsvorsitzender der Evonik Industries AG und der RAG.

Als ausgesprochener Förderer der Universität und als Gastdozent an der NRW School of Governance ist Werner Müller der Universität Duisburg-Essen auf vielfältige Weise verbunden, was nun mit einer Ehrendoktorwürde honoriert worden ist.

Die Bonner Akademie gratuliert Dr. Dr. h.c. Werner Müller recht herzlich zu dieser besonderen Auszeichnung!



Neubaubereich des Akademiesitzes



**BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK**

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH
Heussallee 18-24 | 53113 Bonn | www.bapp-bonn.de
